

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 3 (1990)
Heft: 11

Artikel: "Probleme muss die Politik selber lösen" : Bodenforscher Rudolf Häberli im Gespräch mit "HP"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-119268>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

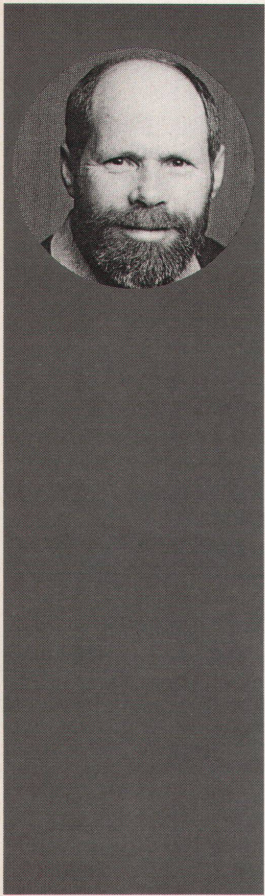
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Probleme lösen muss die Politik selber»

Bodenpolitik und Raumplanung haben zurzeit keine Hochkonjunktur, obwohl die Probleme immer akuter werden. Und obwohl der Bund vor fünf Jahren das NFP Boden (Nationales Forschungsprogramm Nutzung des Bodens in der Schweiz) lanciert hat. Kann der NFP-Schlussbericht die Politiker wieder wecken? «Hochparterre» sprach mit Programmleiter Rudolf Häberli.

Fünf Jahre Forschung

Beschlossen wurde das Nationale Forschungsprogramm Boden vom Bundesrat 1983. Es war wie andere vergleichbare Programme auf fünf Jahre ausgelegt und wurde aus Mitteln des Nationalfonds (10 Millionen Franken) finanziert. Die Ausschreibung erfolgte 1985, der eigentliche Start 1986. An den 65 Einzelberichten (jeweils in der Sprache der Autoren als A4-Broschüren publiziert) haben rund 100 Leute mitgeforscht. In einer Auflage von je 1000 Stück gingen die Berichte an Politiker, Bundesämter, einzelne Medien und besonders Interessierte. Aus den Einzelarbeiten werden zurzeit sieben Teilsynthesen zusammengestellt. Diese sind Ende 1990 fertig, werden dann übersetzt und Mitte 1991 für ein breiteres Publikum publiziert. Noch weiter über die Fachwelt hinaus soll dann die Gesamtsynthese wirken, «kein dickes, aber ein qualifiziertes Buch» (Häberli). Ob ein Zusammenhang mit den Jubiläumsfeiern 1991 hergestellt wird, ist noch offen. Zur Diskussion steht auch eine Ausstellung im Rahmen der «Heureka». HP ■

«Wir bieten wissenschaftlich sauber erarbeitete Lösungsansätze an. Die Probleme lösen muss die Politik dann allerdings selber.» So umschreibt Programmleiter Rudolf Häberli die Zielsetzung des Forschungsprogramms «Nutzung des Bodens in der Schweiz» (kurz NFP Boden), das sich gegenwärtig in der Abschlussphase befindet. Häberli hat im Lauf der mehrjährigen Arbeit allerdings «auch die Erfahrung gemacht, dass die Politik ihren eigenen Ablauf hat, ihre eigenen Prioritäten und Aktualitäten. Die Politik hat die Tendenz, Zielkonflikte zu überspielen, die Wissenschaft dagegen hat die Pflicht, sie herauszuarbeiten. Deshalb lässt sich die wissenschaftliche Forschung nur schwer mit den politischen Abläufen synchronisieren.» Konkret heisst das: «1985, bei der Ausschreibung, wurde unser Programm von den Politikern noch gut getragen. Inzwischen sind aber andere Themen in den Vordergrund getreten, die Bodenfrage hat nicht mehr dieselbe Priorität.» Weil sich damit weniger Lorbeeren holen lassen? Häberli: «Die Politik reagiert eben sehr kurzfristig, denn kurzfristig Akutes lässt sich lösen. Langfristige Aufgaben wie die Bodennutzung verschieben wir dagegen, entweder räumlich, also ins Ausland, oder

zeitlich, in die Zukunft. Das ist sehr bedauerlich, denn der Spielraum wird immer enger.» Das ist eine der Feststellungen, die aus dem Forschungsprogramm Boden klar hervorgehen, und zwar, wie Rudolf Häberli betont, «nicht aufgrund eines politischen Standorts, sondern aufgrund klarer wissenschaftlicher Resultate: Wir können nachweisen, dass die Qualität der Nahumwelt für die Schweiz ein zentraler Standortfaktor ist. Und wir sehen gleichzeitig, wie genau diese Nahumwelt laufend beeinträchtigt wird.»

Dabei gibt es dafür keine Rechtfertigung mehr: «Unsere Bedürfnisse lassen sich innerhalb des überbauten Gebiets lösen, durch Siedlungsentwicklung nach innen. Bis ins Jahr 2010 können wir durch eine bessere Nutzung, durch Aus- und Anbauten im Umfang von 15 bis 25 Prozent der bereits überbauten Areale 300 000 bis 500 000 Wohnungen realisieren. Für die Arbeitsplätze gilt dasselbe. Dafür braucht es keine neuen Bauzonen, keine Einschränkungen und keine Zwangsbe-wirtschaftung», stellt Häberli fest.

Auf die Frage, wie die Forscher zu solchen präzisen und politisch brisanten Aussagen kommen, verweist Häberli auf zwei der über 60 Teilstudien. «Qualifizierte Verdichtung in städtischen Aussenquartieren» heisst die Arbeit von Andreas Herczog und Ernst Hubeli, die den Zürcher Stadtkreis 12 und Biel-Madretsch untersucht haben. Ein anderes Team, Felix Stalder, Christoph Kopp und Jürg Zingg vom Basler Planungs- und Architekturbüro Suter und Suter, befasste sich mit den Basler Vorortsgemeinden Münchenstein und Binningen. Seine Schlussfolgerung schlägt sich im Titel des Berichts nieder: «Das Bauen auf der grünen Wiese ist vorbei.» Aber gerade dieses Beispiel zeigt, wie machtlos die Wissenschaft gegenüber der Politik ist: Die Politiker in den beiden Gemeinden wollten die «relativ sanften Vorschläge» (Häberli) nicht in die Praxis umsetzen. Die Vorschläge seien zwar nötig, aber «politisch nicht durch-

setzbar». Begründung dafür: In der Bevölkerung bestehe eine «allgemeine Planungsmüdigkeit» und wenig Bereitschaft zu verdichteter Bebauung, um dadurch weitere «grüne Wiesen» zu schützen.

Aber nicht nur mit dem Bauen, auch mit dem Bauern hat sich das Forschungsprogramm intensiv befasst – mit ähnlich klaren Ergebnissen: «Ohne schonendere, extensivere Nutzung des landwirtschaftlichen Bodens werden die Probleme immer akuter. Und nicht alles, was auf dem nichtüberbauten Gebiet passiert, läuft unter Landwirtschaft: Die Natur ist eine eigenständige Grösse.» Diese Einsicht ist im Lauf der Forschung entstanden. (Eingehend befasst sich damit der Essay von Jörg Leimbacher auf Seite 72.)

All das Wissen zum Thema, das sich während der Arbeit am Forschungsprogramm angesammelt hat, ist nur eines der Ergebnisse. Ein zweites: «Rund 100 Leute haben in der fünfjährigen Intensivperiode mitgearbeitet, mitgeforscht und auf andere ausgestrahlt. Dadurch ist ein Potential an Wissen entstanden, das erhalten bleibt und auf irgendeine Art auch in die zukünftigen Entscheidungen einfließt.»

Und ein drittes: «Es hat sehr viel Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Disziplinen gegeben. Zum Thema Bodenerosion haben Leute von der Uni Basel, der ETH Lausanne, der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Changins und der landwirtschaftlichen Betriebsberatung Waadt gemeinsam gearbeitet, und diese Zusammenarbeit geht über das NFP hinaus weiter. Das ist eines von vielen Beispielen.»

Schliesslich auch ganz konkrete politische Schritte: Rudolf Häberli hat zur Revision des Raumplanungsgesetzes eine Vernehmlassung geschrieben, die «unsere Forschungsergebnisse verarbeitet und zum Beispiel eine bessere Umschreibung der Bauzonen enthält. Und schon heute steht fest, dass unser Schlussbericht Vorschläge für ein stärkeres Engagement des Bundes enthält.» Läuft aber nicht gerade hier die Politik genau in die andere Richtung, hin zu mehr Kompetenzen für Kantone und Gemeinden? Dazu Rudolf Häberli: «Das ist eben Politik. Für uns Wissenschaftler ist klar, dass wir ohne eine starke Stellung des Bundes die unsinnige Ausdehnung des Siedlungsgebiets nicht in den Griff bekommen. Wir brauchen, um es mit einer griffigen Formel zu sagen, in Zukunft Bodenschutz statt Raumplanung.» PS ■